



Antrag

TOP:
Vorlagen-Nummer: **VII/2024/06684**
Datum: 09.01.2024
Bezug-Nummer.
PSP-Element/ Sachkonto:
Verfasser: Scholtyssek,
Andreas

Beratungsfolge	Termin	Status
Stadtrat	31.01.2024	öffentlich Entscheidung

Betreff: Antrag der CDU-Fraktion zur Umstellung auf Bezahlkarten

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung prüft die Einführung von Bezahlkarten anstatt der Ausgabe von Bargeld an asylsuchende Menschen.

gez. Andreas Scholtyssek
Fraktionsvorsitzender

Begründung:

Bund und Länder haben sich auf die Einführung von Bezahlkarten verständigt. Bayern möchte diese zeitnah einführen und der [sächsische Landkreis Greiz](#) erprobt diese bereits. Der [Deutsche Landkreistag](#) fordert sog. Pull-Faktoren, die Deutschland als Zielland der Fluchtmigration besonders attraktiv machen, zu beseitigen. Bargeldauszahlungen sind ein solcher Pull-Faktor.

Asylbewerber und Geduldete, deren Asylantrag abgelehnt wurde, die aber nicht abgeschoben werden, erhalten in Deutschland bei Bedarf bestimmte Sozialleistungen, um ihren Lebensunterhalt zu sichern. Je nach Alter erhalten sie dabei ein "Taschengeld" zwischen 100 und 180 Euro pro Monat. Im Landkreis Greiz wird derzeit pilotmäßig eine Bezahlkarte getestet. Dort werden keine Geldleistungen mehr in bar ausgezahlt, sondern auf eine Bezahlkarte gebucht. Zum monatlichen Aufladen muss der Karteninhaber persönlich in der Behörde erscheinen. Somit wird sichergestellt, dass sich derjenige auch wirklich in Halle aufhält. Weiter sollte geprüft werden, die Karte als personalisierte Prepaid-Card nur in Halle einlösbar auszugestalten um das Geld in der Stadt zu halten. Neben einer deutlichen Verringerung des Verwaltungsaufwandes könnte so auch die regionale Wirtschaft profitieren.